20.06.2017 – 10:15 Uhr

Steuertransparenz wird digital

Zürich (ots) -

Ausländische Steuerverwaltungen drängen zur Optimierung der Auswertung von Steuerdaten und verändern dadurch die Beziehung von Schweizer Banken zu ihren Kunden. Das Thesenpapier von PwC Schweiz zeigt auf, dass Vertraulichkeit und Exklusivität angesichts der Zugriffsmöglichkeiten und immer breiteren Datenströme durch Transparenz und verschärften Wettbewerb ersetzt werden.

Das Inkrafttreten des AIA seit 2017 war nur der Anfang. Steuerverwaltungen bahnen durch weitere Gesetze und Investitionen die konsequente Nutzung der Datenströme an. Die Einführung neuer Gesetze fordert dabei nicht nur die Behörden, sondern bringt auch Finanzdienstleister und ihre Kunden in Bedrängnis. Das Thesenpapier von PwC Schweiz «Megatrend Finanzplatz. Die Steuertransparenz wird digital - und steigt» umschreibt den Trend hin zum gläsernen Bürger und Bankkunden sowie die Folgen für Finanzdienstleister.

Steuerverwaltungen bauen ihre Kompetenzen aus

Ausländische Steuerverwaltungen bauen ihre Kompetenzen systematisch und massiv aus, um Steuerhinterzieher und Steuerbetrüger aufzudecken. Nach der Einführung des AIA und von FATCA bleibt die Forderung nach Daten gleich, wodurch der Druck auf Schweizer Banken weiter steigt, den Steuerverwaltungen möglichst vollständigen Zugang zu den Verdachtsmeldungen zu geben. «Der Finanzplatz Schweiz steht vor einer stillen Revolution: vor der Industrie 4.0. Die Digitalisierung verändert dabei nicht nur das Berufsbild von Bankangestellten, die Softwareroboter als Arbeitskollegen erhalten werden. Auf Kundenseite geht der Trend hin zum gläsernen Bürger und Bankkunden», erklärt Christoph Schärer, Leiter Innovation, Transformation and Disruption Tax & Legal bei PwC Schweiz.

Staat hat zunehmend Hoheit über persönliche Daten

Durch den Vertrauensverlust vom Staat in seine Bürger und durch die wachsende Unsicherheit im öffentlichen Raum werden die Bürger angehalten sein, dem Staat noch mehr Hoheit über ihre persönlichen Daten zu übertragen. Der Staat hat den grenzüberschreitenden Datenfluss vom Sicherheitsbereich in den Steuerbereich verlegt und damit die Banken in die Pflicht genommen. Die diskutierte Abschaffung des Bargelds würde die Finanzdienstleister noch stärker in Zugzwang bzw. Abhängigkeit von Steuerverwaltung und Sicherheitsbehörden bringen und muss deshalb auch vor diesem Hintergrund gewürdigt werden.

Kontakt:

Claudia Sauter, Head of PR & Communications, PwC Schweiz
ch.linkedin.com/in/claudiasauter
claudia.sauter@ch.pwc.com

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100008191/100803884 abgerufen werden.